

Deutschland und die Ausländer

Deutschland vom 31.08.1998 - 28.02.1999,
betreut von der Friedrich-Ebert-Stiftung

Inhalt

Danksagung	238
Abschied nehmen von den alten Bildern, dass alle Deutschen blond sind	239
Antagonismus gegenüber den Ausländern	239
Das neue Staatsbürgerschaftsgesetz	240
Die gefährliche Gespaltenheit der Öffentlichkeit	241
Arbeit erst für die Deutschen	242
Die Ausländer sind für Deutschland von Nutzen	244



Nenad Zivanovski, geboren 1969 in Gnjilane, Jugoslawien. Mit der journalistischen Tätigkeit begann er sich mit 19 Jahren zu beschäftigen, und zwar in der makedonischen Jugendzeitung „Mlad Borec“. Berufserfahrung: beim Fernsehen „A1“ aus Skopje, der Zeitschrift „Fojus“ aus Skopje, als Korrespondent aus Makedonien für die Belgrader Zeitungen „Dnevni Telegraph“ und „Gragjanin“. Diplome der Journalistik an der Universität „Sv. Kiril i Metodij“ in Skopje. Teilnahme an mehreren Workshops und Seminaren im Ausland. Im Moment ist er free-lancer, wohnt und arbeitet in Skopje. Adresse: Sava Kovacevic 70-3/9, Skopje, Makedonien. Tel.: 00 389 91 20 52 72.

Danksagung

Am Ende meines Stipendiums und meines sechsmonatigen Aufenthaltes in Deutschland möchte ich meine große Zufriedenheit ausdrücken, dass ich Mitglied der ausgewählten Reihe der Heinz-Kühn-Stiftung geworden bin. Ohne zu übertreiben kann ich sagen, dass die in Deutschland verbrachten Monate die schönsten in meinem bisherigen Leben waren und ohne Zweifel der Höhepunkt meiner journalistischen Karriere. Die Fahrten nach Münster, Weimar, Amsterdam, Bremen und Paris sind ein großer Beitrag für die Gestaltung meiner Betrachtungsweise in Bezug auf andere Nationen und Kulturen und die Toleranz, die man nur über Kommunikation und gegenseitiges Kennenlernen erreichen kann. Ich werde mich bemühen, diese Erkenntnis mitzunehmen und sie im täglichen Leben in meiner Heimat auf dem Balkan zu verwenden, wo ich sie sicherlich sehr gut anwenden werde.

Ich möchte mich nochmals bei den Personen bedanken, die einen erheblichen Beitrag geleistet haben an meiner Gestaltung als zukünftiger Europäer. Die sind Frau Erdmuthe Op de Hipt, Frau Radmila Trajkovska von der Friedrich-Ebert-Stiftung in Skopje, Frau Nada Steinmann und die Mitarbeiter der makedonischen Redaktion bei der Deutschen Welle, die Professoren des Goethe-Instituts in Iserlohn, sowie die anderen Stipendiaten: Iveta, Reham, Basheer, Viktorija, Ivan und Aleksander.

Und nun etwas über mein Thema: „Deutschland und die Ausländer“. Während meines Aufenthaltes in Deutschland wurde eine heftige Diskussion über die Rechte der Ausländer in Deutschland und die doppelte Staatsbürgerschaft geführt. Ich glaube, dass niemand, mich eingeschlossen, bei diesen Konstellationen im Hinblick auf die Probleme, die Deutschland spalten, unberührt bleiben konnte. Meiner Ansicht nach sind die Argumente beider Seiten akzeptabel.

Während meines sechsmonatigen Aufenthaltes in ihrem Land begann ich, mich nur für eine kurze Zeit als Teil dieser Gesellschaft zu fühlen, wobei ich angefangen habe, einige Dinge zu sehen und meinen Standpunkt in Bezug auf die Frage „Die Ausländer in Deutschland“ zu bilden. Eine bedeutende Rolle dabei spielten auch die Fahrt nach Münster und meine erste Begegnung mit dem Pro und Kontra zu dieser Frage. Ohne besondere Ambitionen einen endgültigen Beschluss zu fassen, möchte ich es den Lesern dieses Textes überlassen zu beurteilen, inwiefern meine Darstellung des Problems erfolgreich ist. Diese Niederschrift sollte überhaupt ein weiterer kleiner Beitrag im Gesamtbild der objektiv bestehenden Realität sein.

Während ich diesen Text verfasst habe, hatte ich keine Absichten und keinen Wunsch, mit der Darstellung meiner Gesichtspunkte jemanden zu kränken.

Ich bedanke mich nochmals.

Abschied nehmen von den alten Bildern, dass alle Deutschen blond sind.

Das deutsche Dilemma bei der Frage der reinen Nation oder der Rechte der Ausländer spaltet auch weiterhin die Nation. Beide Seiten glauben, die glaubwürdigeren Argumente vorzuweisen. Viele werden ihr Bedauern für den Umgang und die Gewalttaten gegenüber den Ausländern und den rechtsradikalen Gruppen zum Ausdruck bringen. Aber viele spüren auch eine klare Abneigung gegen die Ausländer.

Bedauerlicherweise ist es normal, dass in den deutschen Tageszeitungen, auf den Seiten reserviert für die „schwarze Chronik“, täglich ein Beitrag über eine Gruppe junger Menschen, die sich selbst als Neonazis bezeichnen, veröffentlicht wird, die ohne jeden Grund einen Ausländer geschlagen haben. Parallel kann man in der gleichen Rubrik einen Beitrag über einen Ausländer lesen, der nach langer Zeit, wegen Diebstählen oder Terrorismus, eingesperrt wurde.

Wenn man versucht, das Verhältnis der Deutschen gegenüber den Ausländern oberflächlich zu analysieren, wird man feststellen, dass der Fall aus der Zeitung die eigentliche Situation darstellt: ein Bild des deutschen Antipods. Viele werden ihr Bedauern über den Umgang und die Gewalttaten gegenüber den Ausländern und den rechtsradikalen Gruppen zum Ausdruck bringen. Aber viele verspüren auch eine klare Abneigung gegenüber den Ausländern, weil sie, nach Meinung der Deutschen, die Hauptträger der kriminellen Erscheinungen in Deutschland sind.

Antagonismus gegenüber den Ausländern

Die geteilte Meinung der Deutschen gegenüber den Ausländern wurde vor kurzem in Zahlen ausgedrückt. Aufgrund einer Umfrage ist ersichtlich, dass 42% der Befragten ausgesagt haben, dass die Ausländer in Deutschland

kultureller Reichtum sind. Ganze 58% haben eine andere Meinung in Bezug auf diese Frage. Das besonders Indikative dabei ist, dass diese Zahlen vor nur sieben Jahren umgekehrt waren. Die Xenophobie ist im ehemaligen Ostdeutschland im hohen Maße ausgeprägt, besonders bei der jüngeren Generation und bei den niederen Gesellschaftsschichten, obwohl immer mehr Anhänger des Rechtsextremismus aus den intellektuellen Kreisen stammen. Die Soziologen weisen darauf hin, dass der Grund dafür die schwere Wirtschaftslage und das hohe Prozent an Arbeitslosigkeit sind. Die erste Euphorie nach der Wiedervereinigung ist auch schon vorbei. Viele Ostdeutsche werfen Helmut Kohl vor, dass er vorher immer über „unsere Brüder und Schwestern“ gesprochen hätte, nach 1989 sie aber niemals wieder so genannt hat. Frau Dr. Barbara Frankenstein, die früher selbst in der ehemaligen DDR gelebt hat, jetzt Deutsch am Goethe-Institut in Iserlohn unterrichtet, meint diesbezüglich: „Den größten Verdienst an der Wiedervereinigung Deutschlands hat Michail Gorbatschow, dann die damalige ungarische Regierung, die ihre Grenzen öffnete und den tausenden Unglücklichen die Einreise in den westlichen Teil genehmigte.“ An der dritten Stelle sind es die Ostdeutschen selbst, die es für sich erkämpft haben. Und erst an vierter Stelle ist es Helmut Kohl, der es aber geschafft hat, den größten politischen Nutzen von den Geschehnissen für sich zu gewinnen.

In einer Situation, in der mehr als 4 Mio. arbeitsfähige Deutsche arbeitslos sind, sind die 7 Mio. Ausländer, die in Deutschland leben, deren Zahl um 400.000 jährlich steigt, eine regelrechte Provokation. Mit der großen Zahl der Ausländer wird Deutschland ohne Zweifel in der Reihe der Emigrationsländer gezählt. Diese Tatsache wird von den Parteien zwar negiert, aber nicht von der Gewerkschaft. Viele sind der Meinung, dass die neue Schröder-Regierung viel liberaler sein wird, und sie befürchten den Tag, der nicht mehr so weit ist, an dem die Ausländer in den Bundestag kommen und ihre Interessen im politischen System artikulieren werden.

Das neue Staatsbürgerschaftsgesetz

Die liberale Haltung der rot-grünen Koalition gegenüber dem Ausländerproblem wurde schon in den ersten 100 Tagen ihres Bestehens angekündigt, mit dem Vorschlag für das neue Staatsbürgerschaftsgesetz. Gegenüber dem immer noch geltenden „Kaisergesetz für die deutsche Staatsbürgerschaft“, das sehr restriktiv in Bezug auf die Ausländer und ihr Recht auf die deutsche Staatsbürgerschaft ist, sieht das neue Gesetz Änderungen mit einer viel weiteren Perspektive vor. Der deutsche Innenminister, Otto Schily, hat sich dazu geäußert, dass das neue Gesetz ein Beitrag für den inneren Frieden in Deutschland sei.

Wenn der vorgestellte Gesetzentwurf vom Parlament verabschiedet wird, wird das bisherige Gesetz für die Staatsbürgerschaft und die Zugehörigkeit zum Reich, das seit 1913 gilt, aufgehoben. Nach dem Kaisergesetz sind nur diejenigen, die eine deutsche Abstammung haben, Deutsche. Dies bedeutet,

dass die Nachfahren der deutschen Emigranten in Russland, die sich dort in der Zeit der Kaiserin Katharina angesiedelt haben, ohne weiteres die deutsche Staatsbürgerschaft bekommen, aber nicht die Türken, die schon Jahrzehnte lang in Deutschland leben.

Das neue Gesetz sieht vor, dass die Ausländer, die länger als acht Jahre, in Deutschland leben und einen ständigen Aufenthalt hier haben, die deutsche Staatsbürgerschaft bekommen können, ohne deshalb die andere ablegen zu müssen. Bisher mussten die Einwanderer 15 Jahre auf den deutschen Pass warten. Die Kinder, die in Deutschland geboren werden, bekommen automatisch die deutsche Staatsbürgerschaft, soweit ein Elternteil die schon hat oder vor seinem 14. Lebensjahr nach Deutschland gekommen ist.

Wenn man nach dem neuen Gesetz Deutscher werden möchte, muss man aber auch einige Bedingungen erfüllen. Die neuen Regelungen gelten nicht für diejenigen, die sich in Deutschland strafbar gemacht haben oder auf irgendeine Weise gegen die deutsche Verfassung oder die deutsche Ordnung arbeiten. Um den deutschen Pass zu erwerben, muss man auch die deutsche Sprache sprechen können und erwerbstätig sein. Für die Ausländer, die hier Sozialhilfe oder Arbeitslosengeld beziehen, gilt das Gesetz nicht.

Die gefährliche Gespaltenheit der Öffentlichkeit

Obwohl der Bundesinnenminister meinte, dass das neue Gesetz ein Beitrag zum inneren Frieden sein wird, hat der Entwurf heftige Reaktionen und eine Gefahr vor größeren Unruhen hervorgerufen. So hat die konservative Oppositionspartei eine Unterschriftenaktion gestartet mit dem Ziel, die öffentliche Meinung gegen die Pläne der neuen Regierung zu mobilisieren.

Die liberale Öffentlichkeitsseite wirft den Konservativen vor, dass sie mit populistischen Methoden mit dem Feuer spielen, das Problem instrumentalisieren im Kampf um die Wählerstimmen und dabei letztendlich die Entstehung einer neuen Welle der Aggressivität gegenüber den Ausländern riskiert. Diese Gründe führten dazu, dass in der konservativen Koalition selbst gegensätzliche Meinungen in Bezug auf die angekündigte Aktion entstanden sind. Dazu äußerte der Vorsitzende der Kommission für Sozialangelegenheiten der Christlich-Demokratischen Union, dass die Unterschriftenaktion nur dann einen Sinn hätte, wenn sie eine breite Diskussion auslöse. Der Berliner Sonderbeauftragte für Ausländerfragen der CDU fürchtete, dass die Unterschriftenaktion falsch verstanden worden sein könnte, und zwar als eine generelle Äußerung gegen Ausländer. Die Regierungsbeauftragte für Angelegenheiten der Ausländer, Marie-Louise Beck, warf der Union vor, dass sie Unsicherheit bei den Bürgern verbreitet.

Wie emotional die Auseinandersetzungen zu diesem Thema geführt werden, zeigt der Fall, als der Parteivorsitzende Wolfgang Schäuble einen Vortrag an der Technischen Universität in Berlin halten wollte. Dabei wurde er noch vor dem Beginn des Vortrages mit folgenden Worten ausgerufen: „Nazis raus“ und „Stoppt die ausländerfeindliche Unterschriftenaktion“. Die Diskussion wurde

abgebrochen, noch bevor Wolfgang Schäuble zu Wort gekommen ist. Der Standpunkt des Parteivorsitzenden in Bezug auf die doppelte Staatsangehörigkeit ist bekannt. Dazu äußerte er, dass derjenige, der die doppelte Staatsbürgerschaft unterstützt, den deutschen Teil der Bevölkerung vernachlässigt.

Anlässlich aller Kontroversen schreibt eine Journalistin der Deutschen Welle, Cornelia Rabitz, in einem ihrer Beiträge: „Sicher ist, dass mit dem neuen Gesetz die Pässe nicht im Ausverkauf sein werden. Schuld an der Vertiefung der Meinungsunterschiede sind auch diejenigen, die, wie der bayrische Ministerpräsident Edmund Stoiber, die Regulierung der Staatsangehörigkeit und das Erhöhen des Gewaltpotentials und des Terrorismus` in einem Atemzug aussprechen. Deshalb müssen beide Seiten dazu beitragen, dass ein erfolgreiches Zusammenleben, Verständnis und Toleranz gewährleistet sind, und sie müssen verstehen, dass die Integration ein Prozess ist, der viel Mühe und Anstrengung verlangt“ - unterstreicht Rabitz. Ähnlich war die Ansicht der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung“ aus Essen: „Das, was den Ärger hervorruft, sind die präsentierten Argumente. Sie sind auf die Instinkte gerichtet und nicht auf den Verstand. Von dem Gesetz für die doppelte Staatsbürgerschaft werden die drei Mio. Ausländer profitieren, die schon über zehn Jahre unter uns leben. Wer behauptet, dass diese Ausländer die innere Sicherheit des Landes gefährden? Diese Behauptungen sind nicht durchdacht und unanständig.“

Bei den letzten Landtagswahlen in Hessen siegte die konservative CDU und somit gewann sie die Mehrheit im Bundesrat. Die Folge davon ist, dass die rot-grüne Koalition auf Bundesebene von nun an die Zustimmung der CDU benötigt um jegliche Gesetze zu verabschieden, was sich auf dieses Gesetz über die doppelte Staatsbürgerschaft bezieht. Deshalb überrascht die angekündigte Änderung dieses Gesetzes seitens der regierenden Koalition nicht.

Arbeit erst für die Deutschen

Wo ist der einfache Deutsche, der in den 42% oder 58% erwähnt wurde, in dieser ganzen Geschichte? Während eines Aufenthaltes in Münster war ich Zeuge zweier Demonstrationen, die einerseits von Antinazis und andererseits von Neonazis veranstaltet wurden. Der Auslöser war die Eröffnung der Ausstellung „Die Brutalitäten des Krieges“, auf der zum erstenmal Fotografien ausgestellt waren, die die deutschen Kriegsverbrechen in Serbien, Russland und der Ukraine dokumentierten. Was mich besonders schockiert hat, und ich glaube auch jeden Besucher, der aus dem ehemaligen Jugoslawien kommt, war die Zahl von 1500 Erschossenen in Kraguevac gegenüber den 7000, laut der ehemaligen jugoslawischen kommunistischen Nomenklatur. Auf der Ausstellung in Münster waren mit Namen und Vornamen, Geburtsdaten Fotografien aller Opfer des Massakers in Kraguevac zu sehen. Die bizarre Liquidierung war erneut anwesend, sowie die Motive, die zu dem Hinrichten von über 100 Schülern geführt haben. Ein älterer Herr, wahrscheinlich ein guter Kenner des Widerstands in Serbien,

erklärte uns, dass sich die Nazis damit an den Partisanen rächen wollten, weil diese bei einem Angriff zehn Mitglieder der „Hitlerjugend“ erschossen haben.

Diese Ausstellung zeigte, dass der Geist Hitlers immer noch anwesend ist, und er schafft es immer noch, die Nation so stark zu spalten. Die Sympathisanten der Nazibewegung von heute weisen alles, was offizielle Deutung dieser Geschichtsphase heißt, ab und heben hervor, dass Deutschland nie einheitlich, wirtschaftlich und militärisch stärker war als zu Hitlers Zeit. Ihre eigene Xenophobie rechtfertigen sie mit der großen Zahl der Arbeitslosen und den verschiedenen asozialen Erscheinungen, die für die Ausländer üblich sind. Ihre Devise lautet: „Arbeit erst für die Deutschen und dann für die Anderen.“ Ihre Proteste zeichnen sich aus durch die gute Organisation, das angsterregende Schreiten, ähnlich wie bei Hitlerparaden, die einheitliche Bekleidung: schwarze Hosen, schwarze Lederjacken und das blonde, auf unmögliche 5 Millimeter kurz geschnittene Haar als Zeichen der Angehörigkeit der teutonischen Nation.

Soweit man objektiv bleiben möchte, muss man zugeben, dass die Ausländer auch dazu beitragen, dass einige sie hier in Deutschland nicht willkommen heißen. Das eklatanteste Beispiel dafür ist das illegale Einschmuggeln nach Deutschland. So heißt es, laut Aussagen des Experten für die Innenpolitik der konservativen Bundestagsfraktion, Erwin Marschewski, dass die Zahlen sowohl der illegalen Einwanderer als auch der sog. „Schlepper“, die für bestimmtes Entgelt die Ausländer illegal über die Grenze schleusen, im vergangenen Jahr rapide gestiegen sind. 1998 waren es insgesamt 39.700, im Gegensatz zu 1997, als 35.200 Ausländer die Grenze illegal überschritten haben. Die Zahl der professionellen „Schlepper“ ist um 35% bzw. auf 2020 gestiegen und sie haben über 11.000 Menschen nach Deutschland eingeführt. Die deutschen Medien schreiben, dass das Innenministerium keine endgültige Zahl genannt hat, doch Bonn bestätigt, dass die Zahl immer weiter steigt. Die meisten Ausländer, die sich illegal in Deutschland aufhalten, gibt es in Bayern, Sachsen, zur Tschechischen Grenze hin.

Im letzten Jahr ist die Zahl der Unglücke bei den illegalen Aktionen angestiegen. Ende Juli sind sieben von insgesamt 27 Kosovo-Albanern, die von einer „Schlepperbande“ von Tschechien eingeschleust werden sollten, ums Leben gekommen. Sie sind zwar nach Deutschland eingereist, aber in einer Verfolgungsjagd mit der Polizei ist der Kombi, der mit sehr hoher Geschwindigkeit gefahren ist, umgekippt. Wegen dieser und ähnlicher Vorfälle hat die konservative Union von der regierenden rot-grünen Koalition verlangt, die Kontrolle an den Grenzen zu verschärfen, die Zahl der Grenzpolizisten zu erhöhen und die Kontrolle an den äußeren Grenzen der Schengenstaaten zu erhöhen. Die Grenze zwischen Deutschland und den Nachbarländern Polen und Tschechien ist 1300 km lang und regelrecht von illegalen Einwanderern und Schlepperbanden belagert.

Die Ausländer sind für Deutschland von Nutzen

Nach dem, was man in Münster sehen konnte, sind die Antinazis das völlige Gegenteil der Neonazis. Deren Demonstrationen waren schlechter organisiert, sie waren eher still, die meisten Teilnehmer waren Adoleszente bis zwanzig Jahre, angeführt von einigen älteren ehemaligen Studenten von 1968 und verlorenen Idealisten - Sympathisanten der Roten Brigaden. Sie deklarieren ihre eigenen politischen Überzeugungen als linksradikal und anarchistisch.

Die jungen Antinazis hinterließen den Eindruck, dass für sie das Wichtigste der Kontakt mit den Neonazis war, damit sie ihre Mehrheit in einen Triumph bei einem Kräftemessen kapitalisieren konnten. Die Anhänger sind vor allem nicht sozialisierte junge Menschen, mit einem polizeilichen Dossier, deren einziges Motiv bei diesen Demonstrationen das Durchbrechen der Pufferzone der Polizei war. In dieser Gruppe konnte man auch ältere, ernsthafte Leute sehen, wahrscheinlich solche, die im Krieg jemanden verloren haben oder Mitglieder der jüdischen Gemeinde sind. So hatte uns eine Frau, die ruhig mit der Antinazi-Gruppe ging, erklärt, warum sie dies tat: „Die Ausländer sind für Deutschland von Nutzen, materiellem Nutzen. Wenn sie nicht wären, die meisten aus der Türkei und dem Balkan stammend, besteht die Frage, ob Deutschland wirtschaftlich so stark geworden wäre? Deren Arbeit und Fleiß hat dazu beigetragen, dass wir heute sicher und komfortabel leben können. Sie arbeiten hier die schwersten Arbeiten, die sehr viel Kraft beanspruchen. Stellen Sie sich vor, ein Türke würde von dem Hüttenwerk im Ruhrgebiet entlassen. Ich bin mir nicht sicher, dass sich die jungen Männer in den Lederjacken um seinen Arbeitsplatz schlagen würden.“

Einige ganz gewöhnliche Bürger, die sich für ihre positive Einstellung und ihr positives Verhältnis gegenüber den Ausländern im letzten Jahr ausgezeichnet hatten, waren vom Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland zu dem traditionellen Neujahrsempfang im Schloss Bellevue in Berlin eingeladen. Eine von ihnen war auch Almut Leuke Siverich, die letztes Jahr, als sie Straßenbahn fuhr, Zeugin eines unangenehmen Vorfalls gewesen ist. Junge Skinheads hatten einige Schwarze mit ihrem Hund bedroht. Nach einigen Warnungen ihrerseits hatte sie die Notbremse gezogen und die jungen Gewalttäter wurden festgenommen. „Es ist nicht in Ordnung, wenn Leute gedemütigt werden, nur weil sie schwarz, weiß, grün, bunt sind oder weil sie einem nicht gefallen. Das Schlimmste ist, wenn man sich unmenschlich gegenüber anderen Menschen verhält. Die Einladung des Präsidenten hat mich sehr gefreut, obwohl ich keine besonderen Verdienste dafür habe. Es sollte eine ganz normale Reaktion sein“, sagte Frau Siverich bescheiden. Zu dem Empfang wurde auch die junge Angela Fleischer aus Brandenburg eingeladen, die sich auch mit einer menschlichen Tat ausgezeichnet hat, indem sie sich um einen Nigerianer, der von einer Gruppe junger Leute geschlagen wurde, kümmerte.

Seit 1998 wird die Auszeichnung CIVIS seitens des Ausländerbeauftragten der Bundesregierung, des Westdeutschen Rundfunks (WDR) und der Freu-

denberg Stiftung für Sendungen, die am meisten für das Verständnis und die Toleranz zwischen Deutschen und Ausländern in Deutschland beitragen, verliehen. Deshalb ist das Motto dieses Preises „Leben in einer kulturellen Vielfalt und gemeinsames Achten“. Bei der diesjährigen Preisverleihung hat die Ausländerbeauftragte der Bundesregierung, Marie-Louise Beck, die Realität in Deutschland mit einigen Sätzen dargestellt: „Ich glaube, dass wir uns endlich von den alten Bildern der Vergangenheit verabschieden müssen, dass alle Deutschen blond sind, weil es jetzt auch sehr viele Dunkelhaarige gibt. Wir müssen lernen, dass dieses normal ist, dass wir unterschiedlich sind, mit unterschiedlicher Herkunft. Die Leute werden beweglicher, es gibt immer mehr Mischehen und die doppelte Staatsbürgerschaft wird weltweit immer mehr als normal angenommen. Deutschland war schon immer im Europa-innern, sodass Migrationen auch eine ganz normale Sache werden.“

Das deutsche Dilemma für eine reine Nation oder die Rechte der Ausländer wird das Land auch weiterhin spalten. Beide Seiten glauben, dass ihre Argumente glaubwürdiger sind. Einer der Redakteure der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung, der schon vier Jahre die Arbeit der Polizei in Essen verfolgt hat, sagte den Stipendiaten der Heinz-Kühn-Stiftung aus Jugoslawien, Aleksandar Bogdanovic, dass die am stärksten organisierten kriminellen Gruppen in Essen nach den Nigerianern die der Albaner aus Kosovo und Makedonien sind und dass sich jeder Zweite mit einer ungesetzlichen Tätigkeit beschäftigt. Am gleichen Tag wurde in derselben Zeitung ein Artikel über eine weitere Gewalttat einer neonazistischen Gruppe gegenüber einem Ausländer veröffentlicht. Erneut war der Grund dieses Vorfalls die ausländische Herkunft des Mannes.

Nenad Zivanovski